

**Zeitschrift:** Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen

**Herausgeber:** Sonos Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen

**Band:** 102 (2008)

**Heft:** 3

**Artikel:** Otto Ineichen, Luzerner FDP-Nationalrat und Initiant von "Job-Passerelle", äussert sich zur Integration von Menschen mit Behinderungen

**Autor:** Ineichen, Otto

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-924044>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 19.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Otto Ineichen, Luzerner FDP-Nationalrat und Initiator von „Job-Passerelle“, äussert sich zur Integration von Menschen mit Behinderung

Text: InsoS-Infos Januar 2008

„Eine Vielzahl von Institutionen, staatlicher, halbstaatlicher oder privater, befassen sich mit der Integration. Eine schnelle Wiedereingliederung verbessert Lebensqualität und soziale Integration der Menschen und es können dadurch gewaltige Summen gespart werden.“

schaffen. Vertrauen beim Unternehmertum, Vertrauen aber auch bei den betroffenen Menschen. Der Erfolg, die Stärke von Job-Passerelle liegt in der Zusammenarbeit aller am Integrationsprozess Beteiligten. Dies setzt eine umfassende Vernetzung aller Organisationen voraus, damit möglichst wenig Institutionen mit entsprechenden Dossiers an Unternehmen gelangen.

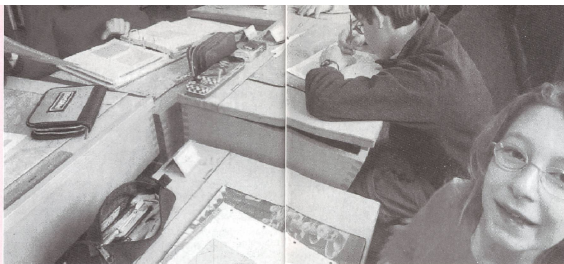
Um dies zu erreichen, haben wir die Zusammenarbeit mit JobScout24 aufgelegt. JobScout24 hat grosse Erfahrung darin, Menschen und Angebote zusammenzubringen. Ab Januar 2008 wird die innovative Online-Plattform Technologie auf der Website [www.jobpasserelle.ch](http://www.jobpasserelle.ch) integriert. Unternehmen können dort die offenen Stellen für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen ohne Kostenfolge publizieren. Zudem werden anonymisierte Profile von Stellensuchenden aufgeschaltet, damit das Unternehmertum diese Personen ebenfalls anonym kontaktieren kann.

Job-Passerelle hat bewiesen, dass es sich lohnt, mit unkonventionellen Instrumenten zu arbeiten. Durch persönliche Kontakte mit Unternehmern anlässlich von Unternehmerfrühstücken und bei Referatsreihen in Service-Clubs gelang es innert Wochen, Menschen mit einer gesundheitlichen Einschränkung wieder in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern, die jahrelang auf die berufliche Integration warteten. Diese ersten Erfahrungen bestätigen, dass es eine unabhängige Stelle wie Job-Passerelle braucht, welche das Unternehmertum in der Schweiz direkt von „Unternehmer zu Unternehmer“ anspricht.

Hier will Job-Passerelle in Zukunft vor allem aktiv sein und in enger Zusammenarbeit mit den Partnern Integration ermöglichen. Letztlich schlägt es auf das einzelne Unternehmen und die ganze Wirtschaft zurück, wenn hohe Rentenkosten via höhere Prämien finanziert werden müssen.

Job-Passerelle will helfen, die Unzulänglichkeiten in den administrativen Prozessen zu beheben. Damit trägt sie auch bei, das Image der IV-Stellen und der Behindertenorganisationen beim Unternehmertum zu verbessern.

Job-Passerelle hat nur ein Ziel, wie das Unternehmertum generell, möglichst viele Leute möglichst schnell und unkonventionell einzugliedern. Dies setzt aber bei allen Beteiligten ein klares Umdenken voraus.“



Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen sollen, wenn möglich, in Regelklassen geschult werden. Bild Andree-Noelle Pot/KEYSTONE

## Zürcher Gemeinden haben Mühe mit der Reform der Sonderpädagogik

Text: NZZ vom 8. Januar 2008

**Die Reform der Sonderpädagogik stösst bei den Zürcher Gemeinden auf Skepsis und Widerstand. Die Umsetzung der übrigen Elemente der Volksschulreform verläuft laut einer Umfrage positiv.**

Die Schulen im Kanton Zürich gleichen einer Grossbaustelle; zurzeit setzen die Gemeinden die Reformen des neuen Volksschulgesetzes um. Der neueste Schritt: Seit Anfang Jahr gehört der Kindergarten zur kantonalen Volksschule, ab nächsten Sommer ist sein Besuch somit nicht mehr freiwillig, sondern obligatorisch. Derart problemlos wie bei der Kantonalisierung des Kindergartens verläuft die Umsetzung der Reform allerdings nicht überall. Wenig Freude bereitet den Gemeinden der Systemwechsel bei der Sonderpädagogik, wie eine interne Umfrage der Bildungsdirektion ergab. Befragt wurden 21 Gemeinden unterschiedlicher Grösse und mit unterschiedlicher sozialer Struktur. Auf einer Skala von 1 bis 10 resultierte für die Reform der Sonderpädagogik die Note 4,5, wobei der Wert 1 für „kein Gewinn“ steht und der Wert 10 für „sehr grosser Gewinn“.

Die eher schlechte Note dürfte damit zusammenhängen, dass die Reform einen fundamentalen Wechsel darstellt, der Unsicherheiten auslöst. Künftig werden Kinder mit Schulschwierigkeiten nämlich nicht mehr in Sonderklassen eingeteilt, sondern unter dem Titel „integrative Förderung“ in die Regelklasse integriert. Dort werden sie zwar von einer schulischen Heilpädagogin regelmässig unterstützt, folgen sonst aber dem normalen Schulunterricht. Sonderklassen zu bilden, ist zwar weiterhin erlaubt, doch weil der Kanton die Anzahl Lehrstellen den Gemeinden fix zuteilt, sind die personellen Möglichkeiten sehr begrenzt. Wie Urs Meier vom Volksschulamt erklärt, bringt das die

## Zu wenig Behinderte wählen die Selbständigen

Text: Beat Bihlmann in Tages-Anzeiger vom 26./27. Januar 2008

**Dank der persönlichen Assistenz können Behinderte zu Hause leben. Doch der Pilotversuch ist kostspieliger als erwartet, und viele bleiben lieber im Heim. Nun wird das Modell überprüft.**

Seit eineinhalb Jahren wohnt Ines Brazero in der eigenen Wohnung. Sie 47-jährige Frau leidet unter einem progressiven Muskelschwund und ist fast ständig auf Hilfe angewiesen. Sie hat das Heim im Freiburger Seeland verlassen und inzwischen ein Netz von acht Personen aufgebaut, die ihr im Alltag beiseite stehen. „Es ist kein einfacher Weg“, sagt sie, „aber ich möchte es nicht mehr anders.“ Sie bestimme selber über ihr Leben, habe ein Privatsphäre in den eigenen vier Wänden. „So lange es mein Gesundheitszustand zulässt, möchte ich nicht ins Heim zurück“, sagt Brazero. Seit zwei Jahren läuft in den Kantonen der Pilotversuch Assistenzbudget, an dem sich 221 Behinderte beteiligen. Sie erhalten im Durchschnitt pro Monat 4400 Franken, um sich die Unterstützung im eigenen Haushalt selber zu organisieren. „Das Modell funktioniert und ist eine taugliche Alternative zum Heimaufenthalt“, sagt Katharina Kanka, Präsidentin der Fachstelle Assistenz Schweiz (Fassis). „Denn die Selbstbestimmung der Behin-

derten wird gestärkt.“ Auch der wissenschaftliche Zwischenbericht des Bundes zum Pilotversuch fällt positiv aus. „Ihre Lebensqualität ist in den Bereichen Selbstständigkeit, finanzieller Handlungsspielraum und soziale Integration massiv gestiegen.“

## Zögerliche Informationspolitik

Obschon das Assistenzbudget im Verhältnis zu den Heimkosten eine kostengünstige Alternative ist, stieg der Aufwand pro Person um 3000 Franken im Jahr. Zum einen war der Anteil der schwer Behinderten höher als erwartet, zum anderen die Zahl der Heimaustritte deutlich geringer als prognostiziert. Nur 26 Personen haben die Behinderteninstitution verlassen; das sind zehn Prozent aller am Pilotprojekt Beteiligten. Die anderen lebten schon vorher zu Hause und konnten mit der Assistenz vor allem die Angehörigen entlasten - oder zumindest entschädigen. Kosteneinsparungen waren so nicht möglich. „Es war zu erwarten, dass die Behinderten nicht in Massen die Heime verlassen werden“, sagt Kanka.

Warum diese Zurückhaltung? Gemäss Evaluation haben die Behinderteninstitutionen das Projekt nicht aktiv propagiert und nur zögerlich darüber informiert. Das habe den Pilotversuch gebremst. Sie hätten 120 Heime abgeklappert, berichtet die Fassis-Präsidentin Kanka, doch nur vier seien an Infoveranstaltungen interessiert gewesen. Kurt W. Meier, Präsident des Heimverbandes InsoS, räumt ein, dass die Heime wenig Engagement gezeigt hätten. Manche

Jährlich werden in der Schweiz hunderte von Millionen Franken für die Integration aufgewendet. Der nachhaltige Erfolg ist noch zu wenig effizient. Der Grund mag darin liegen, dass die Arbeitsweise dieser Institutionen zu statisch und zu bürokratisch ist. Die interinstitutionelle Zusammenarbeit ist noch kaum vorhanden. Dies wollen wir mit Job-Passerelle ändern.

Die Wiedereingliederung ist Teamwork und es braucht dazu kooperative Arbeitgeber. Gemeinsam ist schnelles und unbürokratisches Handeln gefragt. Dahinter steht die Erkenntnis, dass ein zu langsames Verfahren sogar krank zu machen bzw. Gesundheitszustände zur Chronifizierung zu bringen vermag.

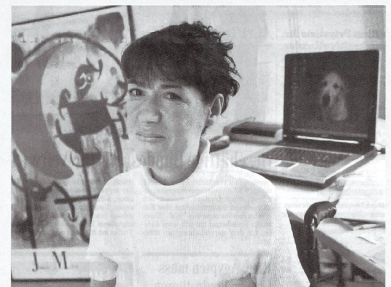
Job-Passerelle hat deshalb die prioritäre Aufgabe, die Basis für Vertrauen zu

Gemeinden ins Dilemma. Schulen, die auch künftig Sonderklassen (etwa Einschulungsklassen) bilden wollen, müssen die Lehrstelle dafür woanders einsparen, etwa indem sie grössere Klassen bilden. Und das wollen sie auch nicht.

Laut Meier fehlen den Gemeinden die positive Erfahrung und das Vertrauen in die integrative Förderung. Im Ausland ist dieses System zwar gang und gäbe, und auch im Kanton Zürich hat die Mehrheit der Schulgemeinden Erfahrungen damit. Die 2008 anlaufende flächendeckende Einführung der integrativen Förderung und die gleichzeitige Preisgabe der Sonderklassen erscheinen vielen Gemeinden aber als riskant, sagt Meier. Sie befürchten einen Rückgang der Schulqualität. Die Verunsicherung sei zum Teil auch auf fehlende Informationen zurückzuführen, daher wolle man ihr bei der Einführung besondere Beachtung schenken.

Die 21 befragten Gemeinden zählen insgesamt 10400 Volksschüler, das sind rund 10 Prozent aller Volksschüler im Kanton. Interviewt wurden für die Erhebung jeweils Vertreter der Schulpflege, der Lehrkräfte, der Schulleitung, der Schulverwaltung und der Steuergruppe für die Umsetzung der Reform. Zu den anderen Reformelementen äusserten sich diese Personen positiv.

Die Einführung der Schulleitung beispielsweise wurde mit den Noten 8,4 (für den Gewinn auf Gemeindeebene) und 7,8 (Gewinn für die Schule) bewertet. Einen Wert von über 8 erlangte auch die Kantonalisierung des Kindergartens. Der Aufbau von ausserschulischen Betreuungsangeboten wird ebenfalls sehr positiv bewertet. Eher durchschnittlich fällt das Urteil zu den Blockzeiten aus. Sie kommen in der pädagogischen Bewertung der Gemeinden auf eine Note von 6,5. Wie das kantonale Schulblatt, das die Umfrageresultate am 7. Januar 2008 publiziert, schreibt, werden die Blockzeiten aber von den Eltern mehrheitlich positiv bewertet.



Ins Heim möchte Ines Brazero nicht mehr zurück, auch wenn das selbstständige Leben nicht einfach ist.

Bild Peter Lauth